

Landrat lädt Unternehmen zum Energiedialog Kreis Unna

Zu erwartende Lieferengpässe für Energie und die massiv gestiegenen Kosten für Strom und Gas stellen Wirtschaft und Industrie im Kreis Unna vor enorme Herausforderungen. Um mit den Entscheidern der heimischen Betriebe ins Gespräch zu kommen, deren Sorgen und Nöte zu bündeln und Lösungen und konkrete Hilfen aufzuzeigen, lädt die WFG im Namen ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Mario Löhr Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Kreis Unna für Donnerstag, 17. November zwischen 18.00 und 20.30 Uhr zum Energiedialog Kreis Unna in die Stadthalle Kamen ein.

„Als Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender der Wirtschaftsförderung Kreis Unna (WFG) ist mir der Austausch in diesen herausfordernden Zeiten besonders wichtig. Nur gemeinsam wird es uns im Kreis Unna gelingen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krise bestmöglich aufzufangen.“, betont Landrat Mario Löhr. „Wir wollen die Veranstaltung nutzen, um mit ausgewiesenen Experten zum Thema Energiesicherheit und zu Unterstützungsmaßnahmen des Bundes für Unternehmen zu informieren“, erklärt WFG-Geschäftsführer Sascha Dorday die Intention des Energiedialoges Kreis Unna.

Nach einer Eröffnung durch Mario Löhr folgt ein Bericht aus Berlin des Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek zu den aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene.

Urs Neuhöffer, Geschäftsführer der Succedo Unternehmensberatung GmbH, wird in seinem Impulsvortrag zum Thema „Energiekosten und Versorgungssicherheit“ referieren. Der Experte berät seit vielen Jahren bundesweit energieintensive Letztverbraucher aus Industrie, Handel und Gewerbe, Energieanbieter, Hersteller sowie die öffentliche



IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber betont vor rund den 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Infoveranstaltung, dass „Wirtschaft und Gesellschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, da die Energiekrise nur gemeinsam gestemmt werden kann“. Foto: IHK zu Dortmund/Oliver Schaper

Die Energiekrise und die damit einhergehenden gestiegenen Kosten haben längst ein Ausmaß erreicht, das für zahlreiche Betriebe existenzbedrohend ist. Hinzu kommen massive Lieferengpässe, die der hiesigen Wirtschaft mehr und mehr zu schaffen machen. Vor diesem Hintergrund hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund am 20. Oktober gemeinsam mit dem Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e. V. unter dem Titel „Quo vadis, Energieversorgung? Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft“ einen Infoabend veranstaltet, um eine Einschätzung der aktuellen Lage zu geben sowie betroffenen Unternehmen Orientierung und die Möglichkeit zu bieten, sich untereinander auszutauschen.

IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber fasste vor den rund

50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gleich zu Beginn mit eindringlichen Worten den Ernst der Lage zusammen: „Die Telefone stehen bei uns nicht mehr still. Und wir hören eines immer wieder deutlich: mehr Tempo! Die Unternehmen erwarten Entscheidungen seitens der Politik – sie brauchen Sicherheit.“ Im selben Atemzug warnte Schreiber ausdrücklich vor einer gesellschaftlichen Spaltung: Wirtschaft und Endverbraucher dürften mit ihren jeweils eigenen Sorgen und Nöten nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn „diese Krise können wir nur gemeinsam stemmen“.

Welche Maßnahmen die Politik aktuell erörtert oder bereits auf den Weg gebracht hat, und wie es derzeit um die Energieversorgung steht, fasste Louise Maizière zusammen, Referatsleiterin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin. Deutschland verfüge innerhalb der EU über die größten Speicherkapazitäten für Gas, und diese Speicher seien trotz des russischen Lieferstopps schon fast voll (96 Prozent) – Lieferungen kämen nun vermehrt aus den Niederlanden, Belgien und jüngst auch Frankreich. „Die Situation ist besser, als erwartet.“ Zudem habe die Politik bereits eine Reihe von Forderungen der IHKs aufgegriffen, etwa im Hinblick auf eine Senkung des Arbeitspreises für die Industrie. Dennoch wies Maizière mehrfach auf laufende Abstimmungsprozesse hin – auch auf EU-Ebene –, die schnelle Entscheidungen hinauszögerten.

Dominik Gertenbach indes, Vertriebsleiter der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH, wies explizit darauf hin, dass „wir in Deutschland und der EU nicht bloß eine Gas- sondern eine generelle Energiekrise haben“. Dies insbesondere auch mit Blick auf die immense Preissteigerung auf dem Strommarkt, die in der Spitze bis zu 2000 Prozent betragen habe im Vergleich zum 1. Januar 2021. Diese Preisanstiege gingen einher mit teureren Krediten für die Unternehmen, was wiederum zu sinkender Liquidität führe, die erneut in höheren Preisen auf dem Markt resultiere. Ausdrücklich wies er darauf

hin, dass das Problem nicht überstanden sei, wenn der kommende Winter vorbei ist. „Wir müssen hier langfristig denken. Und wir müssen so wirtschaften können, dass wir auch im Winter 2023/2024 handlungsfähig sind.“

Ins gleiche Horn stieß Jan Zillmann, Geschäftsführer der Jäckering Mühlen- und Nährwerke GmbH in Hamm, und schilderte als Unternehmer die Auswirkungen der Krise auch unter einem weiteren Aspekt: „Die Unternehmen sind aufgerufen, Energie zu sparen. Doch wenn Unternehmen sparen, bedeutet das oft, dass sie weniger produzieren. Das sind Produkte, die anderen dann fehlen. Und genau das spüren wir in unserem Betrieb deutlich anhand unterbrochener Lieferketten.“ Mit Blick auf die Energiekrise und die längere Laufzeit von Atomkraftwerken hoffe er „auf mehr Pragmatismus, und weniger Idealismus“.

Die gestiegenen Preise an die Kunden komplett weiterzugeben, sei illusorisch, hob Dr. Andreas Denstorf hervor, Geschäftsführer der Ernst Schad GmbH in Dortmund. In seinem Beitrag legte er den Fokus vor allem auf produzierende Unternehmen im internationalen Wettbewerb. „Unsere Kunden in den USA können diese immensen Preissteigerungen nicht nachvollziehen. Und wenn wir sie ihnen erläutern, lautet die Antwort: Dann kommt zu uns und produziert hier in den USA. Etwas, das wir angesichts der niedrigeren Produktionskosten dort und der hohen Subventionen zur Ansiedlung von Industrie in Nordamerika auch durchaus erwägen müssen.“

In der anschließenden Diskussions- und Fragerunde, moderiert vom stellvertretenden IHK-Hauptgeschäftsführer Wulf-Christian Ehrich, wurde vor allem deutlich, dass die hiesigen Unternehmen seitens der Politik auf schnellere Entscheidungen und weniger Bürokratie pochen. „Mein Eindruck ist: Die Dimensionen, wie viel Energie gebraucht wird und wo sie künftig herkommt, das ist in Berlin noch gar nicht klar“, sagte ein Unternehmer. „Wir fahren Kohle und Atomkraft runter, aber bis die Infrastruktur für Alternativen steht, vergehen noch Jahre. Die gesicherte Leistung geht immer weiter

herunter.“

Die IHK zu Dortmund informiert nun in drei Webinaren über die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten und gibt Einblicke das politische Geschehen in Berlin und Brüssel. Sie sind identisch aufgebaut und werden jeweils um aktuelle Entwicklungen ergänzt. Die Webinare finden statt am 8. November, 22. November und am 6. Dezember, jeweils von 12:00 bis 13:00 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen zur Zuschaltung sowie zu weiteren Info-Angeboten der IHK zum Thema Energie – etwa regulatorische Änderungen, Veranstaltungen, Fortbildung von Auszubildenden zu Energiescouts oder Energie-Effizienznetzwerken: Torsten Mack, Tel. 0231 5417-274, E-Mail: t.mack@dortmund.ihk.de

**Info-Veranstaltung zum Thema
„Bürger-Windpark – packen
wir’s an!“ fand großes
Interesse**



Die Info-Veranstaltung in der Ökologiestation war gut besucht und regte zu lebhaften Diskussionen an.

Da hatte der Aktionskreis Wohnen und Leben mit seiner Veranstaltung „Bürger-Windpark – packen wir's an!“ in der Ökostation am Montagabend wohl den aktuellen Zeitgeist, vor allem auch mehr für die eigene Energie-Versorgungssicherheit zu tun, sehr gut getroffen. Geschätzte 70 Zuhörer/-innen waren gekommen, um sich die Impulsreferate von Thomas Backes/I. Beigeordneter der Stadt Coesfeld mit dem Titel „Windenergie in Coesfeld mit Bürgerbeteiligung zu mehr Wertschöpfung in der Region“ und Rainer Nickel/Soziologe u. freier Energieberater aus Köln zum Thema „Bürgerbeteiligung und Stadtwerke“ anzuhören. Der Vors. des Aktionskreis, Karlheinz Röcher, fungierte als Moderator der Veranstaltung.

Die persönliche Begrüßung zu Beginn der Veranstaltung galt den beiden Referenten sowie Bernd Schäfer als Bürgermeister, Jochen Baudrexl als GSW-Geschäftsführer und Stephan Rieping als Vorstandsvorsitzender der Bürger-Energie-Genossenschaft „Sonnenwende“ aus der Region „Gütersloh/Harsewinkel“. Der

äußerst interessante Vortrag von Thomas Backes, der immer wieder auch Nachfragen unter den Zuhörern auslöste, zeigte den langen, aber sehr erfolgreichen Weg in der Stadt Coesfeld beim massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Errichtung von 28 neuen Windkraftanlagen mit Bürgerbeteiligung seit 2017. Der umfangreiche Planungsprozess in der Verwaltung begann schon 2011 und erhielt seine Absicherung durch entsprechende Ratsbeschlüsse in 2012. Wahrlich eine Erfolgsgeschichte, die auch schon eine entsprechende Resonanz in den überregionalen Medien gefunden hat. Thomas Backes zeigte zum Schluss seiner Ausführungen dann auch noch die neuen Planungen der Stadt Coesfeld, die unter den aktuellen Bedingungen eine wesentliche Verkürzung des Planungsprozesses erwarten ließen. Eine einfache Übertragung auf die Verhältnisse in Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen könne es natürlich nicht geben. Dennoch, so Karlheinz Röcher: „Der Vortrag war inspirierend und ermutigend, auch hier vor Ort solche Projekte mit Bürgerbeteiligung voran zu bringen.“

Im 2. Impulsreferat zeigte Rainer Nickel die prinzipiellen Schwierigkeiten von Stadtwerken mit Bürgerbeteiligungen auf. Alle Stadtwerke stehen gerade jetzt unter einem enormen finanziellen Druck, da sie aus den Gewinnen im Energiebereich weitere Felder der Daseinsvorsorge einer Kommune mitfinanzieren sollen/müssen. Schon in der Vergangenheit – so der Referent – hätten Stadtwerke Bürger-Energie-Genossenschaften eher als Konkurrenten in ihrem Markt verstanden. Das es auch anders gehe, dafür gebe es auch in Deutschland positive Beispiele.

Für Jochen Baudrexel war diese Sicht der Dinge – speziell auf die GSW – nicht nachvollziehbar, so dass dieser sich mit einigen Beiträgen in die dann beginnende Diskussion einmischte. Tenor: Die GSW habe in den letzten 10 Jahren sehr viel Geld in die Hand genommen, um den Anteil an Erneuerbaren Energien aus eigener Produktion zu erhöhen. Leider sei dies vor Ort aber nicht umsetzbar gewesen, sondern in Bayern mit Windparks sowie mit Beteiligungen an Offshore-Projekten in der Nordsee. Für einige Zuhörer war die erkennbare Zuspitzung der Diskussion das Signal, den Blick nach vorne zu richten, um gemeinsam mit der GSW den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Bürgerbeteiligung zu gestalten.

Und wie soll es mit dem Projekt „Gründung einer Bürger-

Energie-Genossenschaft im Raum Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen“ weitergehen, war die abschließende Frage an den Moderator. Karlheinz Röcher nannte die aus seiner Sicht notwendigen weiteren Schritte:

– das Thema „Gründung...“ weiter in die Öffentlichkeit zu tragen z.B: durch weitere Infostände in Bönen bzw. Lünen bzw. Fortsetzung der Unterschriftensammlung (aktueller Stand: 142, gestern alleine 30);

– das Thema muss in die kommunalen Parlamente kommen. In Bergkamen wäre es ein wichtiges Signal, wenn der Rat beschließen würde, auf der Halde „Großes Holz“ Baurecht zu schaffen, nachdem der RVR als Flächenbesitzer grünes Licht für Windkraft- u. PV-Projekte gegeben hat. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn die Kommunen eine gemeinsame Arbeitsgruppe bilden würden, die sich des Themas „weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien“ annimmt;

– es muss ein überzeugendes Start-Projekt für die Gründung der Bürger-Energie-Genossenschaft gefunden werden;

– last-not-least müssen die Menschen gefunden werden, die die Genossenschaft führen und entwickeln wollen. Das sind 3 Vorstandsmitglieder und 5-7 Aufsichtsräte. Und alles im wesentlichen ehrenamtlich.

Die Finanzierung der Projekte ist in aller Regel ein kleineres Problem: Es gibt zahlreiche Beispiele, wo beim Start innerhalb kürzester Zeit die Anteile von 300 und mehr Leuten gezeichnet wurden.

Das Fazit für Karlheinz Röcher: Das Motto kann nur lauten „Packen wir's an – wenn nicht jetzt, wann dann?“

**Bürger-Energie-Genossenschaft
soll Anfang 2023 gegründet
werden: Montag weitere Info-**

Veranstaltung



Info-Stand mit Unterschriftensammlung für die Gründung einer Bürger-Energiegenossenschaft im Raum Bergkamen, Kamen, Bönen, Lünen und Werne.

Nach zwei Infoständen auf dem Markt in Kamen, einem Infostand in Rünthe und zwei Infoständen auf dem Markt in Werne hat der Aktionskreis am Freitag den Markt in Kamen für den nun 6. Infostand genutzt.

Mit insgesamt 16 Unterschriften auf die Unterstützerliste zur Gründung einer Bürger-Energie-Genossenschaft im Raum Bergkamen-Kamen-Bönen-Werne-Lünen an diesem Tag war das sehr erfreulich. Interessante Gespräche mit interessierten BürgerInnen gab es zusätzlich. Der Aktionskreis hat damit bislang schon 90 Unterstützerunterschriften gesammelt und wird die Aktion mindestens bis Ende des Jahres weiter verfolgen. „Die Gründung einer Genossenschaft könnte im I. Quartal 2023 denkbar sein. Wichtig wäre natürlich, dass dafür auch eine breite Unterstützung aus Politik und Verwaltung aus den genannten Kommunen signalisiert würde“, erklärte der Sprecher des Aktionskreises Wohnen und Leben Bergkamen Karlheinz Röcher.

Am kommenden Montag (18.00 Uhr, Ökostation in Bergkamen) setzt

der Aktionskreis seine Veranstaltungsreihe in diesem Jahr zum Ausbau der Erneuerbaren Energien fort mit dem Thema „Bürger-Windpark – packen wir's an!“. Mit dem ersten Beigeordneten der Stadt Coesfeld, Thomas Backes, konnte für das Impulsreferat ein Referent gewonnen werden, der über die Voraussetzungen eines erfolgreichen Bürger-Windprojektes im Nachbarkreis „Coesfeld“ berichten wird. Im 2. Impulsreferat beschäftigt sich Rainer Nickel (Soziologe u. freier Energieberater) mit dem Thema „Bürgerbeteiligung und Stadtwerke“. Danach wird noch Zeit für eine offene Diskussionsrunde sein. Der Aktionskreis hat dazu Politik und Verwaltung in Bergkamen eingeladen – aus den Nachbarstädten Kamen und Werne auch die Bürgermeister. Bürgermeister Bernd Schäfer hat sein Kommen bereits angekündigt.

CDU lädt zum Energie-Gespräch mit Jochen Baudrexl (GSW) alle Interessierten ins Stadtmuseum ein



GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexl. Foto: GSW

Werde ich im nächsten Winter meine Wohnung heizen können? Kann ich die nächste Rechnung noch bezahlen? Kann ich mein



Museumsleiter Mark Schrader konnte mit der vom Aktionskreis Wohnen und Leben geplanten Veranstaltung in „seinem“ Haus aus mehreren Gründen zufrieden sein: Es war zum einen die erste dieser Art im neu errichteten modernen Anbau des Stadtmuseums und zum anderen war sie mit insgesamt knapp 50 Personen auf eine sehr gute Resonanz gestossen. Das Thema „Energieerzeugung mit Erneuerbaren Energien im regionalen Umfeld“ hat offensichtlich den „Nerv“ vieler getroffen. Der Aktionskreis hatte mit vier Infoständen in Bergkamen-Mitte, Rünthe und Werne seit Mitte August auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Darüber hinaus ist eine Unterschriftenkampagne zur Gründung einer Energiegenossenschaft im Raum „Bergkamen-Werne-Kamen-Bönen-Lünen“ gestartet worden. Bislang liegen 64 Unterstützer-Unterschriften vor. Gesammelt werden soll bis Ende des Jahres.

Der Vorsitzende des Aktionskreises Karlheinz Röcher zeigte sich in Anbetracht der guten Resonanz hoch erfreut. Vom politischen Spektrum in Bergkamen fiel auf, dass sich kein SPD'ler bzw. kein Mitarbeiter aus der Bergkamener Stadtverwaltung in die Veranstaltung „verirrte“ hatte. „Irritierend in Anbetracht der großen Energieprobleme in Verbindung mit der Klimakrise, die doch nach einem breiten Bürgerbündnis mit Bürgerbeteiligung verlangt“, so Röcher. In zwei Fachvorträgen wurde das Thema „Erneuerbare Energien auf den Halden des Ruhrgebietes mit Bürgerbeteiligung

(Genossenschaft)“ vorgestellt. Zunächst Christine Radke vom RVR aus Essen mit der Vorstellung der aktuellen Haldenuntersuchung zur Nutzung Erneuerbarer Energien und im weiteren Christoph Gottwald vom Genossenschaftsverband aus Münster. Zu beiden Vorträgen ergaben sich diverse Nachfragen und interessante Einwürfe. Insbesondere wurde die vom RVR aufgemachte Zeitschiene mit der Überwindung von „Raumwiderständen“ zwischen 5-15 Jahren bei Windkraftprojekten auf den Halden sehr kritisch gesehen. Es tauchte auch die Frage auf, warum die Kommunen diese Prozesse bislang durch ihr Planungsrecht so hinauszögern können. Als Einwurf wurde die sich entwickelnde neue Gesetzeslage in diesem Bereich genannt, um schneller zur Umsetzung von solchen Projekten in der Praxis zu kommen. Nachgefragt wurde auch, wie denn der RVR das weitere Procedere mit den Kommunen plant. Eine befriedigende Antwort konnte die RVR-Referentin nicht geben. „Es bleibt der Eindruck, dass der RVR als Behörde immer noch ein „Tanker“ ist, der in Anbetracht der Lage aber sehr schnell „flott“ gemacht werden müsste“, meint Röcher. Da gebe es dann die „Brücke“ zur Gründung einer Energie-Genossenschaft, die über das Bürgerengagement mehr Beschleunigung in diesen Vorgängen bewirken könnte, wenn denn die Politik ihre Ankündigungen ernst meine. Abwarten werde nichts bringen.

Der Vortrag zur Gründung einer (Energie)-Genossenschaft war an diesem Abend quasi ein Aufbruchsignal für den Aktionskreis, diese Idee auch hier vor Ort in Angriff zu nehmen. In „7 Schritten zur Gründung einer Genossenschaft“ transportiere Christoph Gottwald die gut nachvollziehbaren Schritte. Neben einem großen Einstiegsprojekt, sei es Flächen-PV oder Windräder, bedarf es vorher der Findung eines motivierten und kompetenten Vorstandes/Aufsichtsrates. Andiskutiert wurde hier auch die Problematik der ehrenamtlichen Tätigkeit der Vorstände. Gottwald empfahl jedenfalls, zumindest einen 450-EUR-Job für die Vorstände anzustreben. Fazit: die Sache wird einfacher, wenn der Bürgermeister einer Stadt oder die Stadtwerke die Genossenschaftsgründung unterstützen würden. In Bergkamen ist da aktuell noch viel Luft nach oben.

Eigentlich wollte Karlheinz Röcher pünktlich um 21.00 Uhr „den Sack zumachen“. Das gelang dann aber erst gegen 21.15 Uhr.

Der Aktionskreis plant, seine Veranstaltungsreihe (23.03.2022, 30.03.2022, 07.09.2022) am 17. Oktober ab 18.00 Uhr in der

Ökostation in Bergkamen-Heil fortzusetzen mit einem Vortrag des I.Beigeordneten der Stadt Coesfeld zum „Bürger-Windpark-Coesfeld“. Im zweiten Teil der Veranstaltung soll dann die am 07.09. begonnene Diskussion „Wie weiter bei uns vor Ort mit der Energiewende?“ fortgesetzt werden. Alle BürgerInnen sind dazu herzlich eingeladen.

Der Aktionskreis nutzte das Treffen im Stadtmuseum, nach zweijähriger Zwangspaus eine Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen durchzuführen. Das Ergebnis: 1. Vorsitzender Karlheinz Röcher und Kassierin Sabine Bieder wurden in ihren Ämtern bestätigt. Hinzu kommen jetzt

sieben Beisitzer:innen: Wolfgang Dahlmann, Thomas Eder, Susanne Götz, Michael Kaiser, Volker Marufke, Jochen Nadolski-Voigt und Rainer Schmidt.

**Kraftwerk Heil wird bis
Frühjahr 2024 Strom aus Kohle
liefern – STEAG plant aber
schon jetzt die Zukunft in
Bergkamen mit Wasserstoff**



Das Steinkohlekraftwerk in Heil.

Am 31. Oktober 2022 sollte eigentlich das Steinkohlekraftwerk in Heil stillgelegt werden. Die kriegsbedingte Energiekrise sorgt nun dafür, dass es mit seinen noch rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens bis Frühjahr Strom liefern soll, um den Produktionsausfall in Gaskraftwerken zu kompensieren. Trotzdem wird bereits jetzt an der Zukunft ihres Bergkamener Standorts, erklärte Daniel Mühlenfeld von der STEAG in der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Möglich wird dies, weil die STEAG in Bergkamen ein Gelände von 94 Hektar hat, für das Kraftwerk selbst nur 43 Hektar benötigt werden. Als das Kraftwerk 1982 in Betrieb genommen wurde, war noch der Bau eines zweiten Kraftwerkblocks B in der Planung gewesen. Dieser Block B wurde danach aber nie in Angriff genommen werden.

Möglich wäre es laut Mühlenfeld, einen Teil der nutzbaren 50 Hektar für die Errichtung eines Ammoniakcracker, der aus Ammoniak unter anderem Wasserstoff herstellt. Weitere Überlegungen gehen in Richtung einer Wasserstofftankstelle für Busse des öffentlichen Personennahverkehrs und Lkw von

Logistikunternehmen. Auch ein Batteriespeicher für Strom aus regenerativen Energien soll in Heil angesiedelt werden. Bereits im Frühjahr 2023 will STEAG für dieses Projekt eine Machbarkeitsprüfungen vornehmen.

Mühlenfeld schätzt den Bedarf an Wasserstoff in der Zukunft als sehr hoch ein. Auch nach dem Ende der Kohleverstromung im Kraftwerk Walsum in Duisburg ist dort eine Wasserstoffproduktion geplant. Die Wasserstoffmenge, die dort hergestellt werden könne, reiche aber gerade zu einem Viertel aus, um den Bedarf der benachbarten Stahlwerke zu decken. STEAG rechnet damit, dass die Wasserstoffproduktion wie einst die Atomenergie vom Bund subventioniert werde.

Die STEAG-Pläne für Heil werden in Zukunft weiterhin die Gremien der Stadt Bergkamen und der Wirtschaftsförderung des Kreises Unna beschäftigen. Mühlenfeld sagte zu, Stadt und Kreis in die weiteren Überlegungen einzubinden.

Geänderte Öffnungszeiten in den Kundencentern der GSW am 2. September

Geänderte Öffnungszeiten: Die Kundencentern der Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen öffnen am 2. September (Freitag) zu anderen Zeiten als üblich. Grund dafür ist eine innerbetriebliche Veranstaltung, an der die gesamte Belegschaft der GSW teilnimmt.

Öffnungszeiten der Kundencentern am 2. September:

- Kamen, Bönen und Bergkamen: von 8 Uhr bis 9 Uhr

Die GSW bitten um Verständnis, dass die Kundencenter aufgrund der Belegschaftsversammlung zu geänderten Zeiten öffnen. Ab dem 05. September gelten wieder die regulären Öffnungszeiten. Alle weiteren Informationen und Zeiten gibt's unter www.gsw-kamen.de

Neue Gasdruckübernahmestation aufgestellt – Schwerlastkran kommt zum Einsatz



Die GSW haben eine ihrer Gasdruckübernahmestationen in Kamen durch eine neue Anlage ausgetauscht. Dabei kam ein Schwerlastkran zum Einsatz.

Neue Gas-Station in Südkamen: Um die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Versorgungsgebiet zu gewährleisten und zu stabilisieren, investieren die Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen in ihr Versorgungsnetz. Im Zuge der Daseinsvorsorge wurde nun eine neue Gasdruckübernahmestation an der Ecke Dortmunder Allee/Auf dem Anger in Südkamen aufgestellt.

Um die rund 24 Tonnen schwere Gas-Station an ihren neuen Standort zu platzieren, kam ein Schwerlastkran, der über eine maximale Tragkraft von rund 150 Tonnen verfügt, zum Einsatz. Zunächst wurde das etwa zehn Tonnen schwere Fundament der Station an die Stelle platziert, an der vor einem Monat noch die ehemalige Anlage stand. Nach der Ausrichtung wurde der Sockel mit etwa 15 Kubikmeter Sand verfüllt. Zentimeter-Arbeit musste dann mithilfe des Schwerlastkrans geleistet werden, als die Station auf das Fundament gehoben wurde. Bis die neue Anlage Ende August in Betrieb genommen werden kann, sind noch einige Arbeiten durchzuführen.



Bei der Station handelt es sich um eine sogenannte Gas-Druckregel- und Messanlage (kurz GDRM-Anlage). Sie sorgt dafür, dass das vom Fernleitungsnetzbetreiber gelieferte Erdgas von ca. 12 bar auf etwa 750 Millibar Überdruck heruntergeregelt wird. Nach der Druckreduzierung fließt das Erdgas dann über das Mitteldrucknetz zum Teil in die Ortsnetzstationen der GSW und zum Teil direkt zu den Endkunden. Mit der neuen Gasdruckübernahmestation können dank

der Fernüberwachung unter anderem der Eingangs- und Ausgangsdruck kontrolliert werden.

GSW betreiben insgesamt 15 Gasdruckübernahmestationen

Die Belieferung der Gaskunden wurde von dem Austausch der Station nicht beeinflusst. Die Gasversorgung wird zurzeit von anderen Gasdruckregelanlagen übernommen. Da das Fundament und die Gasstation über die dort vorhandenen Freileitungen gehoben werden musste, war die Stromversorgung für den Zeitraum der Arbeiten mit dem Schwerlastkran bei fünf Netzanschlüssen unterbrochen. Die Dortmunder Allee wurde für die Arbeiten an der neuen Gas-Station insgesamt zwei Tage lang auf der Höhe „Auf dem Anger“ halbseitig gesperrt.

Insgesamt betreiben die Gemeinschaftsstadtwerke 15 Übernahmestationen, in denen Erdgas von dem vorgelagerten Netzbetreiber in das Erdgasverteilnetz der GSW eingespeist wird. Nach und nach werden die GSW ihre Gas-Druckregel- und Messanlagen (GDRM-Anlagen) im Versorgungsgebiet erneuern, um sie auf den Stand der Technik zu bringen.

**Aktionskreis will die
Gründung einer
Energiegenossenschaft in**

Bergkamen vorantreiben

Der „Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen“ plant, Unterschriften für die Gründung einer Energiegenossenschaft in Bergkamen sowie die Errichtung von Bürgerwindrädern und den Bau solarthermischer Flächen-Anlagen zur Wärmeerzeugung zu sammeln. „Letzteres könnte ein wichtiger Lösungsansatz für die energetische Sanierung und damit den Erhalt der historischen Zechensiedlungen in Bergkamen sein“, erklärt der Sprecher des Aktionskreises Karlheinz Röcher.

Dem Aktionskreis liegt inzwischen eine Zusage des RVR (Regionalverband Ruhr) für die Präsentation der fertig gestellten „Haldenstudie“: Nutzung der RVR-Halden im Ruhrgebiet für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ende August soll diese im Umweltausschuss des RVR vorgestellt werden. Zeitnah wird es dann zu einer Veranstaltung des Aktionskreises mit dem RVR kommen. Bekanntlich fordert der Aktionskreis die Errichtung von Windrädern zur Stromerzeugung auf den Bergkamener Bergehalden.

Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen: Auswirkungen auf die Kunden der GSW



GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexl beobachtet eine neue Dimension in der Entwicklung auf dem bereits seit Monaten angespannten Energiemarkt.

Neue Dimension auf dem Energiemarkt: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat am Donnerstag (23. Juni) die zweite Stufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Aufgrund der reduzierten Gaslieferungen aus Russland und die anhaltend hohen Preise auf dem Energiemarkt reagiert die Bundesregierung nun mit der sogenannten Alarmstufe. Das kann auch konkrete Auswirkungen auf die Kundinnen und Kunden der Gemeinschaftsstadtwerke (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen haben.

Wie Bundeswirtschaftsminister Habeck betont auch Jochen Baudrexl, Geschäftsführer der GSW, dass die Versorgungssicherheit zum jetzigen Zeitpunkt noch geleistet sei. Dennoch muss der Energiemarkt nun neu betrachtet werden. „Wir könnten dazu gezwungen werden, die Preise in unseren Erdgas-Tarifen erneut anpassen zu müssen. Leider könnte die historische Entwicklung auf dem Energiemarkt erneut Auswirkungen auf unsere Kundinnen und Kunden haben. Das bedauern wir sehr. Wir tun alles dafür, die Belastung für die Kunden

so gering wie möglich zu halten“, erklärt Jochen Baudrexl und bittet um Verständnis.

Trotz einer vorausschauenden und langfristigen Einkaufspolitik ließen sich schon im Frühjahr die preistreibenden Effekte nicht mehr kompensieren, sodass eine Preiserhöhung in den Erdgas-Tarifen bereits zum 1. Juli 2022 unumgänglich ist, wie die GSW bereits im Mai angekündigt hatten.

Neue Herausforderungen in der Beschaffungspolitik

Mit dem Ausrufen der Alarmstufe im Notfallplan Gas aufgrund der reduzierten Gaslieferung verschärft sich die Situation ein weiteres Mal. „Wir haben innerhalb kürzester Zeit eine neue Dimension erreicht, auf die wir nun reagieren müssen“, sagt Jochen Baudrexl. Wenn die Bundesnetzagentur nach dem Ausrufen der Alarmstufe durch den Bundeswirtschaftsminister eine „erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland“ feststellt und dies im Bundesanzeiger veröffentlicht (dies ist bislang noch nicht geschehen), stehen die Verantwortlichen der GSW vor neuen Herausforderungen in der Beschaffung von Erdgas. Ausschlaggebend wird dann sein, wie die Vorlieferanten der GSW auf die Engpässe reagieren werden. Sollten diese – anders als lange im Vorfeld und vertraglich vereinbart – neue, erhöhte Preise für Erdgas auflegen, können die GSW eine Preiserhöhung nicht ausschließen.

Durch die Drosselung der Gaslieferungen sind die Preise generell weiter in die Höhe geschneit. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet mit weiteren Anstiegen. „Wir sind in einer Gaskrise. Gas ist von nun an ein knappes Gut“, sagt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Zum Hintergrund: Bei der nun ausgerufenen Alarmstufe handelt es sich um die zweite von insgesamt drei sogenannten „Eskalationsstufen“. Diese wurden im Notfallplan Gas der Bundesrepublik Deutschland basierend auf der europäischen SoS-Verordnung des EU-Parlamentes und des Rates 2017 beschlossen. Demnach wird ein möglicher Eingriff des Staates zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung wie folgt unterschieden:

1. Frühwarnstufe (am 30. März 2022 ausgerufen): Ein Krisenteam beim Bundeswirtschaftsministerium wird eingesetzt. Dabei schätzen Vertreter von Behörden und Energieversorgern die Lage regelmäßig für die Bundesregierung ein. Noch greift der Staat aber nicht ein. Vielmehr leiten Gashändler und -lieferanten, Fernleitungs- und Verteilnetzbetreiber marktbasierende Maßnahmen ein, um die Gasversorgung aufrechtzuerhalten. Dazu zählt u.a. der Rückgriff auf Gasspeicher.

2. Alarmstufe (am 23. Juni 2022 ausgerufen): Es liegt eine Störung der Gasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas vor, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt, der Markt ist aber noch in der Lage, diese Störung oder Nachfrage zu bewältigen, ohne dass der Staat eingreifen muss. Dazu können beispielweise die Nutzung von Flexibilitäten auf der Beschaffungsseite gehören.

3. Notfallstufe: Falls die vorherigen Maßnahmen nicht greifen oder sich die Versorgungssituation deutlich verschlechtert, kann die Bundesregierung die Notfallstufe ausrufen. Der Staat greift also in den Markt ein. Damit wird die Bundesnetzagentur zum „Bundeslastverteiler“. Sie verteilt in Absprache mit den

Netzbetreibern das Gas. Dann wird
unterschieden zwischen geschützten Kunden (private Haushalte
und soziale Einrichtungen)
und nicht geschützten Kunden (größere Industrie-Unternehmen).